



31. März 2010

Motion

„Erstellen einer jährlichen Statistik über die Entwicklung der Armut im Kanton Uri und seinen Gemeinden“

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Armut wird in der Schweiz verschwiegen. Entsprechend ist das allgemeine Wissen zum Thema bescheiden. Darum erstaunt es wohl auch nicht, dass die Antwort des Regierungsrats auf meine Kleine Anfrage vom 8. Januar 2010 weder mich noch den Zweitunterzeichner, Urs Dittli, zufrieden stellen konnte. Der Umstand, dass in der reichen Schweiz, wo Löhne und Boni trotz Krise explodieren, weder auf nationaler noch kantonaler Ebene eine Armutsstatistik existiert, ist beschämend und macht deutlich, dass es höchste Zeit ist, diesen Zustand zu ändern.

Deswegen reichen wir, gestützt auf Artikel 82 der Geschäftsordnung für den Landrat, diese Motion ein:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Ausmass und die Entwicklung der Armut im Kanton Uri und seinen Gemeinden jährlich in einem Bericht darzustellen.

Erstunterzeichnerin: Annalise Russi (Grüne Uri, Altdorf)

Zweitunterzeichner: Urs Dittli (CVP, Schattdorf)

Begründung

Das Thema „Armut“ ist in der breiten Öffentlichkeit weitgehend ein Tabu. Wahrscheinlich gibt es auch kaum jemand, der oder die Armut genau definieren kann. Sicher ist, dass materielle Entbehrungen oft einhergehen mit sozialer Ausgrenzung und verbreitetem Misstrauen. Im Kanton Uri sind gemäss Sozialhilfestatistik aus dem Jahre 2008 410 Personen arm. Dazu gehören 16 Paare mit Kindern und 43 Alleinerziehende mit total 145 Kindern und Jugendlichen. 22 Personen waren älter als 65 Jahre, 862 Personen erhielten Ergänzungsleistungen.

Dies ist das Fazit des Regierungsrats. Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen im Kanton Uri aus der Zahl der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler zu erschliessen, erscheint uns aber untauglich vor dem Hintergrund einer erheblichen verdeckten Armut, die erwiesenermassen im ländlichen Raum noch deutlicher ausfällt als in den Städten. Heute geht man in der Schweiz davon aus, dass bis zu 30 Prozent der von Armut betroffenen Menschen ihre finanzielle Not nicht melden. Es ist ja auch erniedrigend zugeben zu müssen, dass manchmal trotz Vollzeitarbeit das Geld nicht ausreicht, dass jede unvorhersehbare Ausgabe wie ein kaputter Kühlschrank, Geld für die Schulreise, steigende Preise für Strom und Telefon oder Busbillette eine Katastrophe sind. Es macht die Sache auch nicht besser, wenn wir von „working poors“ statt Armen reden.

Tatsächlich dürfte im Kanton Uri die Steuerbefreiung des Existenzminimums die Lage von Personen mit tiefen Einkommen mildern. Auch sei vorausgesetzt, dass sowohl das Projekt „Case Management“, als auch die anderen vom Regierungsrat aufgelisteten Massnahmen zu loben sind. Gleichzeitig darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass die Eingliederungsinstrumente der obligatorischen Versicherungen restriktiver angewandt werden als früher und dass es bei Langzeitarbeitslosen oft mehr um den sozialen als um den ökonomischen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt geht. Und letztlich können diese Instrumente auch erst bewertet werden, wenn sie schlüssig auf ihre Wirksamkeit geprüft worden sind.

Aus vielen Untersuchungen wissen wir, dass Armut verschiedene Ursachen hat: Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Aussteuerung spielen eine wichtige Rolle; mangelnde Ausbildung hat einen grossen Einfluss auf die Armut; Frühförderung und die Familienpolitik sind entscheidend, ob Armut „vererbt“ wird; die Steuerpolitik hat Einfluss auf das verfügbare Einkommen; Menschen mit Migrationshintergrund haben im Allgemeinen geringere Chancen auf dem Arbeits- und auf dem Lehrstellenmarkt; Raumplanung hat Einfluss auf Integration oder Ausgrenzung von Armutsbetroffenen. Kurz, Armut und Armutsbekämpfung sind ein Querschnittsthema.

Mit der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Zahl von ausgesteuerten Menschen steigt das Armutsrisiko gegenwärtig stark an. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, in den nächsten Jahren ebenfalls stark zunehmen wird. Die Armutsproblematik wird sich verschärfen, die Sozialhilfeausgaben von Gemeinden und Kanton wer-

den entsprechend anwachsen.

Um eine zusammenhängende Politik in der Armutsbekämpfung möglich zu machen, ist es deshalb notwendig, dass der Kanton jährlich die Entwicklung der Armut und deren Ursachen systematisch darstellt und benennt. Gleichzeitig sollen auch die negativen Folgen der Armut dargestellt werden. Nur so ist es möglich, dass Kantone und Gemeinden gezielt präventive Massnahmen zur Vermeidung von Armut treffen und für Armutsbetroffene passende Integrations- und Förderungsmassnahmen bereitstellen.